SPRACHE - IDEOLOGIE - GESELLSCHAFT

Sprachwissenschaft im Dienste der sozialistischen Gesellschaft / Von Prof. Dr. phil. habil. Gerhard Helbig, Herder-Institut

Die Forderungen unserer sozialistischen Gesellschaft an die Sprachwissenschaft – seit dem Politbürobeschluß von 1968[1]) mehrfach formuliert und aus der Rede von K. Hager über „Die entwickelte sozialistische Gesellschaft"[2]) erneut deutlich abzuleiten – gehen davon aus, daß die Sprachwissenschaft zielgerichtet in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einbezogen und stärker als bisher in das System der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften integriert werden muß, daß – auf Grund eben dieser Integration – die Sprachwissenschaft ihren spezifischen Beitrag zur Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus zu leisten hat.

In der Vergangenheit hat die Sprachwissenschaft nicht immer konsequent genug die drei Hauptbestandteile des Marxismus-Leninismus zum Ausgangspunkt für spezielle linguistische Untersuchungen gemacht. Sie kann jedoch die objektiven Bedürfnisse unserer sozialistischen Gesellschaft nur dann voll erfüllen, wenn sie stärkeres Augenmerk richtet auf die Funktion der Sprache in der Gesellschaft sowie auf den Anteil der Sprache an der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins. Unter diesem Aspekt ist – neben den vielfältigen Aufgaben, die die Sprachwissenschaft zum Beispiel für den Sprachunterricht und die Informationsverarbeitung zu lösen hat – ein ganzer Komplex von Aufgaben in den Mittelpunkt der linguistischen Arbeit getreten, von denen hier nur drei Problemkomplexe kurz beleuchtet werden sollen.

Zum Verhältnis von Sprachwissenschaft und Ideologie

Das Verhältnis von Sprachwissenschaft und Ideologie umschließt vor allem die Tatsache, daß in einigen Sprachtheorien ideologisch-philosophische Grundlagen und oder Interpretationen vorhanden sind, die bisher in ungenügendem Maße kritisch bewertet und – falls unmarxistisch – eleminiert worden sind. Das gilt sowohl für irrationalistische Theorien in der Nachfolge Weisgerbers (die bekanntlich in der germanistischen Sprachwissenschaft weit verbreitet sind) als auch für behavioristische und (neo-)rationalistische Konzepte in verschiedenen Schulen der strukturellen Linguistik und der generativen Grammatik. Dabei ist deutlich geworden, daß diese Diskussion sehr differenziert geführt werden muß[3]), daß es des weiteren Ausbaus der marxistisch-leninistischen Sprachtheorie bedarf, die in dialektischer Weise zugleich Kriterium und Resultat der kritischen Auseinandersetzung mit vorhandenen bürgerlichen Sprachtheorien ist. Diese marxistisch-leninistische Sprachtheorie[4]) führt die progressiven Errungenschaften der gesamten Sprachwissenschaft fort, hebt sie in einer völlig neuen Qualität auf und stellt sie in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft. Dabei gilt ein deutliches Primat der Theorie vor der Methode, eine dialektische Einheit von Induktion und Deduktion, von Synchronie und Diachronie.

Sprachtheorie, Einzelbeschreibung und Klasseninteressen

Der weitere Ausbau der marxistisch-leninistischen Sprachtheorie ist auch deshalb ein Hauptkettenglied, weil sie in unmittelbarer Weise die allgemeinen theoretischen und methodologischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus reflektiert und eine entscheidende Basis für die praktische Beschreibung der Einzelsprachen darstellt – wie jede Sprachtheorie auf bestimmten weltanschaulich-philosophischen Grundlagen beruht, die historisch bedingt sind und den Interessen bestimmter Klassen dienen (auch wenn diese Grundlagen nicht immer offen zutage liegen und oder den Schöpfern dieser Theorien nicht immer bewußt sind). Allerdings darf man sich diesen Zusammenhang zwischen spezieller Einzelbeschreibung und Sprachtheorie weder mechanistisch noch einlinig vorstellen: Mechanistisch deshalb nicht, weil es trotz des philosophisch-unmarxistischen Kerns bestimmter Sprachtheorien methodisch-praktische Elemente und Einzelerkenntnisse in ihnen geben kann, die für die Sprachbeschreibung als rationeller Kern zu nutzen sind. Einlinig deshalb nicht, weil der an der Beschreibung von Einzelsprachen arbeitende Linguist nicht auf alle Spezifizierungen einer ausgebauten Sprachtheorie warten kann, sondern es viel mehr seine – vordringlich – Aufgabe ist, durch seine Einzelarbeit zum Ausbau eben dieser marxistisch-leninistischen Sprachtheorie beizutragen.

Die Ideologiegebundenheit der Sprache

Der Aspekt der Ideologiegebundenheit der Sprache ist in der letzten Zeit besonders im Hinblick auf den Differenzierungsprozeß zwischen der deutschen Sprache in der DDR und in der BRD – genauer gesagt: zwischen der Sprache unter den Bedingungen der sozialistischen und der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung, zwischen zwei verschiedenen Sprachnormen, die jeweils von der herrschenden Klasse geprägt werden – in das Blickfeld getreten. Diese Fragestellung ist wohl nicht zuletzt unter dem Einfluß der Vorstellung vernachlässigt worden, daß grundlegende Teile der Sprache (etwa die Grammatik und der Grundwortschatz weitgehend klassenindifferent seien. Andererseits wäre es sicher verfehlt, schlechterdings von „zwei deutschen Sprachen" zu sprechen. Es wird vielmehr darauf ankommen, auch diese Frage sehr differenziert zu beantworten. Das setzt zunächst theoretische Klarheit über das Verhältnis von Realität, Widerspiegelung, Ideologie, Sprache und Kommunikation voraus.[5]) ebenso eine deutliche Differenzierung der Ideologiegebundenheit nach den einzelnen Lebensbereichen (so wird man weniger kommunikationsstörende Unterschiede erkennen können in einem Alltagsgespräch beim Einkauf als bei einer Diskussion über Fragen der Wirtschaftspolitik), nach den verschiedenen Aspekten der Sprache (die Sprache als kommunikative Tätigkeit ist immer ideologiegebunden, bei der Sprache als objektiviertem Zeichensystem verhalten sich die einzelnen Subsysteme verschieden) und nach den einzelnen Ebenen des Zeichensystems Sprache (die phonologische und syntaktische Ebene ist kaum, die semantische Ebene ist deutlich ideologiegebunden[6]).

Es gibt keine „undifferenzierte deutsche Spracheinheit"

Der imperialistische Gegner versucht immer wieder, mit Hilfe einer angeblichen „undifferenzierten deutschen Spracheinheit" – die es in Wahrheit nicht gibt und auch in der bürgerlichen Nation nicht gegeben hat – den Gegensatz zwischen den Gesellschaftsordnungen der DDR und der BRD (mit dem der genannte Differenzierungsprozeß in der Sprache verbunden ist) zu verschleiern. Es ist jedoch unbestreitbar, daß die Sprache als Ganzes eine gesellschaftliche Erscheinung ist, daß wesentliche Teile der Sprache mit der Klassenstruktur und mit der Geschichte der Gesellschaft eng verbunden sind, weil die Sprache als Zeichensystem nicht um ihrer selbst willen existiert, sondern um bestimmten außersprachlich-gesellschaftlichen Zwecken zu dienen. Und eben dieser Aspekt der Sprache – als kommunikativer Tätigkeit – ist grundsätzlich gesellschaftlich-ideologisch determiniert, ist unter den verschiedenen Gesellschaftssystemen so differenziert, daß es bereits heute reizvoll wäre, an verschiedenen Texten (deren Herkunft und Autoren nicht genannt sein dürften) die Entscheidbarkeit der Frage zu prüfen, ob diese Texte der Sprache der DDR oder der in der BRD vorherrschenden Sprache entstammen.

Aber nicht nur die Verwendung der Sprache in der gesellschaftlichen Kommunikation, sondern auch die entscheidende Ebene des Zeichensystems Sprache ist mit dem Klassencharakter der Gesellschaft eng verbunden. In der Semantik kommen gesellschaftliche Wertungen und Zielsetzungen zum Ausdruck, weil sich in ihr die Entwicklung des Denkens und des Bewußtseins einer historischen konkreten Gesellschaft niederschlägt. Deshalb gibt es – durch die jeweilige Norm der herrschenden Klasse bedingt – spezielle Lexik in der DDR (*Aktivist, Pionier*...) und spezielle Lexik in der BRD (*Unternehmer, Sozialpartner*...); deshalb gibt es auch gleiche Lautformen mit wesentlichen Bedeutungsunterschieden (*Demokratie, Freiheit*...). Diese Verschiedenheiten beschränken sich nicht auf den Bereich des politischen, ökonomischen oder ideologischen Wortschatzes (hier oft bei Termini). Wenn etwa in einer Nachkriegsauflage von Meyers Lexikon aus der BRD der „Intellektuelle" verstanden wird als *„ein Mensch, der seinem Verstande nicht gewachsen ist"*), so ist diese Interpretation deutlicher Ausdruck einer bestimmten Ideologie, in diesem Falle des auf die Spitze getriebenen Gegensatzes von Geist und Macht unter den Bedingungen der spätbürgerlichen Gesellschaft.

Zur gesellschaftlichen Wirksamkeit

Der Aspekt der gesellschaftlichen Wirksamkeit der Sprache ergibt sich daraus, daß die Sprache nicht nur der reinen Sachverhaltsbeschreibung dient, sondern zugleich Elemente der Kommunikationsstrategie und der Kommunikationssituation enthält. Auf Grund dieser Tatsache sind pragmatische Prozesse der sprachlichen Lenkung, Steuerung, oder – im negativen Falle – der sprachlichen Manipulation möglich. Um spezifische Fragen in dieser Richtung zu untersuchen, bedurfte es freilich einer genaueren Klärung des Wesens der Kommunikation[7]). Offenbar genügt es nicht, die Kommunikation in althergebrachter Weise als bloßen Austausch von Zeichen zwischen Sender und Empfänger über einen Sachverhalt zu verstehen. Vielmehr muß die Kommunikation – im Anschluß an sowjetische Psychologen wie Wygotski, Leontjew u. a.[8]) – als eine spezifische Form menschlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit begriffen werden, die von einem gesamten Bedingungsgefüge determiniert ist. Zu diesem Bedingungsgefüge gehört vor allem die Kommunikationsstrategie, d. h. der Handlungsplan für eine sprachliche Handlung. Der Sprecher wählt sich – auf Grund seiner außersprachlichen Kommunikationsstrategie – aus dem Zeichensystem Sprache bestimmte Mittel aus, mit deren Hilfe er seinen Handlungsplan realisieren und auf den Empfänger eine bestimmte Wirkung ausüben will.

Wider den Menschen: imperialistische Sprachpolitik

Bekanntlich besteht die imperialistische Sprachpolitik gerade darin, daß sie sich – zur Realisierung ihrer aggressiven Ziele – der Sprache bedient, die Sprache als Mittel der Bewußtseinsmanipulierung benutzt. Das beginnt bei der Wahl der Lexik und reicht bis zur Entwicklung eines ganzen lexikalischen Inventars zur Verschleierung der tatsächlichen Gesellschaftsverhältnisse (*Wohlfahrtsstaat, neue Ostpolitik*...) oder zur Diffamierung der sozialistischen Länder (*Satellitenstaat, polnisch verwaltete deutsche Ostgebiete*...) Ein Musterbeispiel für die Sprachmanipulation sind die verschiedenen Bezeichnungen für die DDR (*Ostzone, Sowjetzone, Mitteldeutschland, „DDR"*...), mit denen verschiedene Assoziationen erweckt werden sollen, hinter denen die Sprachregelung bestimmter – in diesem Falle auch: verschiedener – Kreise in der BRD steht.

Aber nicht nur die Sprache, sondern auch die Sprachwissenschaft wird in den Dienst der imperialistischen Gesellschaft gestellt: Bekannt ist z. B. der Versuch Weisgerbers, die Entstehung von Kriegen (etwa des zweiten Weltkrieges) aus sprachtheoretischen Konzepten (einem sogenannten „Menschheitsgesetz der Sprache") abzuleiten.

Angesichts dieser Versuche des Gegners sind die genannten Aufgaben der DDR-Linguistik noch dringender. Die Beschränkung auf interne Zusammenhänge des Zeichensystems Sprache genügt in keiner Weise, um die Sprache in ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit zu beschreiben (wie das Klaus für Agitation theoretisch versucht hat[10]) und in optimaler Weise für die sozialistische Bewußtseinsbildung zu nutzen (wie das auf dem VIII. Parteitag der SED geschehen ist), um die Sprache und die Sprachwissenschaft effektiv in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft zu stellen.

---

1) Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22. 10. 1968 über „Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR"

2) Vgl. K. Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971

3) Vgl. Sweginzew in: Leninism i teoretischeskie problemy jazykoznanija, Moskau 1970

4) Vgl. Einführung in die marxistisch-leninistische Sprachtheorie (Konzeption), DAW, Zentralinstitut für Sprachwissenschaft, Berlin 1971 (hekt.)

5) Vgl. W. Fleischer: Ideologische Aspekte der Sprache. In: Deutsch als Fremdsprache 1971/5

6) Vgl. P. Suchsland: Gesellschaftliche Funktion und gesellschaftlicher Charakter der Sprache. In: Sprachpflege 1971/12

7) Meyers Lexikon, Wiesbaden 1954, 3. Bd, S. 243

8) Vgl. W. Hartung: Marxistische Sprachpragmatik als Hintergrund für die Erklärung stilistischer Phänomene. In: Wiss. Ze. der Pll Erfurt/Mühlhausen, Ges. u. Sprachwiss. Reihe 1970/3

9) Vgl. A. A. Leontjew: Jasyk, retsch, retschewaja dejatelnost. Moskau 1969

10) Vgl. G. Klaus: Sprache der Politik. Berlin 1971

Prof. Dr. sc. jur. Jürgen Becher:

Verhältnisse für das Wohl des Menschen

UZ-REIHE: Politische Ökonomie des Sozialismus

4 Die sozialistischen Produktionsverhältnisse – Verhältnisse der gegenseitigen Hilfe und kameradschaftlichen Zusammenarbeit

Karl Marx charakterisierte die Produktionsverhältnisse als „Verhältnisse, welche die Menschen in ihren gesellschaftlichen Lebensprozeß, in der Erzeugung ihres gesellschaftlichen Lebens eingehn"[1]). In der ständigen Auseinandersetzung mit der Natur, in der Aneignung der Natur durch die menschliche Arbeit, gestalten die Menschen permanent ihren gesellschaftlichen Lebensprozeß, wirken sie unablässig aufeinander. Das heißt, daß sich die Aneignung der Natur stets in bestimmten gesellschaftlichen Formen vollzieht, als Einzelwesen sind die Menschen nicht in der Lage, den Kampf mit der Natur zu bestehen. Es sind also in der Produktion bestimmte Verhältnisse zwischen den Menschen – gesellschaftliche Verhältnisse – vorhanden, und die Gesamtheit dieser Beziehungen bilden die Produktionsverhältnisse.

Jede Art von Produktionsverhältnissen wird zunächst durch die Eigentumsverhältnisse bestimmt. Aus dem Eigentum an Produktionsmitteln ergeben sich ganz bestimmte Beziehungen zwischen den Menschen als Klassen und soziale Gruppen, Beziehungen im Arbeitsprozeß, bei der Arbeitsteilung, bei der Verteilung der Produktionsmittel, beim Austausch und bei der Konsumtion. Letztlich gibt es keine Erscheinung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, die nicht auf die Eigentumsverhältnisse zurückgeführt werden kann. Aus diesem Grunde charakterisierten die Autoren des Buches „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" das Eigentum an den Produktionsmitteln den Kern der legende Element der sozialistischen Produktionsverhältnisse, das zugleich deren Gesamtheit und damit den Charakter der Produktionsweise bestimmt"[2]). Auf diese Weise befinden sie sich in Übereinstimmung mit dem sowjetischen Ökonomen S. I. Sdobnow, der im Eigentum an Produktionsmitteln den Kern der sozialistischen Produktionsverhältnisse sieht[3]).

Ohne Zweifel ist die Analyse der Produktionsverhältnisse aus der Sicht der Eigentumsverhältnisse richtig. Reicht sie aber bereits aus, um die neue Qualität der sozialistischen Produktionsverhältnisse gegenüber allen vorangegangenen Produktionsverhältnissen – die auch durch jeweils spezifische Eigentumsverhältnisse bestimmt werden – sichtbar zu machen? Die sowjetischen Ökonomen N. A. Zagolow und I. I. Kusminow verneinen diese Frage und sehen in der „Planmäßigkeit" (Zaglow) bzw. in der „Kollektivität und kameradschaftlichen Zusammenarbeit" (Kusminow) die entscheidenden Kriterien für die Bestimmung des Charakters der sozialistischen Produktionsverhältnisse und damit auch für ihre Überlegenheit gegenüber den Produktionsverhältnissen im Kapitalismus[4]).

Eigentum plus Kollektivität und Planmäßigkeit

Kennzeichnend für die Produktionsverhältnisse des Sozialismus ist die Sorge der Gesellschaft für das Wohl des arbeitenden Menschen. Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Bemühungen. Die Arbeiterklasse als Hauptproduktivkraft der sozialistischen Gesellschaft ist am engsten mit dem gesamtgesellschaftlichen Eigentum verbunden und dadurch in der Lage, neue Formen der Kollektivität und kameradschaftlichen Zusammenarbeit zu entwickeln, die auf die gesamte Gesellschaft ausstrahlen und die Planmäßigkeit der Entwicklung garantieren. Insofern sind die Kriterien **Eigentum, Kollektivität und Planmäßigkeit aufs engste untereinander verbunden.** Das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln, die Identität von Produzent und Eigentümer, bildet das Fundament für die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze, ist Ausdruck der Interessenübereinstimmung und so Grundlage für die Kollektivität und kameradschaftliche Zusammenarbeit. Das durch den sozialistischen Staat, als das entscheidende Machtinstrument der marxistisch-leninistischen Partei, organisierte gesamtgesellschaftliche Handeln aller Werktätigen sichert die Planmäßigkeit der Entwicklung.

Besonders anschaulich zeigt sich das im Prozeß der sozialistischen Rationalisierung. Sie ist eingebettet in die objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Reproduktion und zugleich eine erstrangige politische Aufgabe. „Die sozialistische Rationalisierung umfaßt die Modernisierung der vorhandenen Technik, die Mechanisierung, die Teilautomatisierung und die Automatisierung ausgewählter volkswirtschaftlich bedeutsamer Vorhaben. Sie umfaßt die hohe Schichtauslastung, die Materialökonomie und die wissenschaftliche Arbeitsorganisation".[5]) In dieser Komplexität muß sie von allen Werktätigen als den Eigentümern des gesamtgesellschaftlichen Volkseigentums begriffen und im täglichen Handeln umgesetzt werden. Je besser jeder einzelne den ökonomischen Inhalt der Rationalisierung politisch verstanden hat, desto wirksamer wird er im Kollektiv seine konkrete arbeitsteilige Aufgabe lösen und so die Wirkungsweise des Gesamtsystems der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus beeinflussen.

Diese Wahrnehmung der sozialistischen Eigentümerfunktion durch alle Werktätigen ist ein entscheidender Ausdruck demokratischer Mitgestaltung. Wahrnehmung der Eigentümerfunktion der Werktätigen heißt im Sozialismus die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch bewußtes und planmäßiges Handeln unter Führung der Arbeiterklasse zur Realisierung des Zieles der sozialistischen Produktion, wie es im ökonomischen Grundgesetz formuliert ist. Sie vollzieht sich auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus und findet ihren Ausdruck in der von hohem politischen Verantwortungsbewußtsein getragenen schöpferischen Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses. Sie zeigt sich zugleich in der großen Eigenaktivität der Werktätigen, in der neuen Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen, im Streben nach Zusammenarbeit im Interesse aller Werktätigen, in ihrer Unduldsamkeit gegenüber Unzulänglichkeiten usw.

Eigentümerfunktion und Eigentümerbewußtsein

Die Bereitschaft der Werktätigen zur Realisierung ihrer Eigentümerfunktion hängt vor allem von ihrem Eigentümerbewußtsein als Teil des gesellschaftlichen Bewußtseins – insbesondere des Staatsbewußtseins (Identität von Träger der Staatsmacht, Eigentümer und Produzent sowie Konsument) – ab. Die Entwicklung des Eigentümerbewußtseins der Werktätigen vollzieht sich in einem umfassenden Prozeß. Dieser reicht von der aktiven und schöpferischen Tätigkeit im sozialistischen Wettbewerb in Form der Gemeinschaftsarbeit über die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens im Territorium bis zur Aneignung der Schätze der Kunst und Kultur. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse sind dabei nicht der einzige Faktor für die Ausprägung des sozialistischen Eigentümerbewußtseins und die Herausbildung von Verhaltensweisen, die den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechen. Weitere Faktoren sind z. B. die politisch-ideologische Erziehungsarbeit und das einheitliche sozialistische Bildungssystem.

Auf der Grundlage der in dieser Weise bestimmten sozialistischen Produktionsverhältnisse und in Abgrenzung und Auseinandersetzung mit der imperialistischen „Marktwirtschaft" sowie staatsmonopolistischen Versuchen der Regulierung (Planfication) in dieser oder jener Variante ist der internationalistische Typ der sozialistischen Wirtschaft zu bestimmen. Der gegenwärtige Begriff „Ökonomisches System des Sozialismus der DDR" ist dazu nicht geeignet, da er national gefaßt ist und in der Praxis weitgehend mit einem staatlich-rechtlichen Regelungssystem identifiziert wurde. Die objektiven Beziehungen zwischen Produktionsweise und Überbau, die Wirkungsweise der objektiven ökonomischen Gesetze im nationalen und internationalen Rahmen und vor allem auch das Verhältnis zwischen sozialistischem Eigentum und Planung gehen in ihm unter.

Der Typ der sozialistischen Wirtschaft wird durch die ökonomische Gesellschaftsformation Kommunismus bestimmt. Es ist die Wirtschaft in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft. In dem Maße, wie die sozialistische Wirtschaft einen gegenüber dem Kapitalismus höheren Grad der gesellschaftlichen Organisation der Produktion – und damit eine höhere Arbeitsproduktivität, als konzentrierten Ausdruck dafür – erlangt, wächst die sozialistische Gesellschaft allmählich in die kommunistische Gesellschaft hinüber, erwächst aus dem Typ der sozialistischen Wirtschaft der Typ der kommunistischen Wirtschaft. Erinnert sei an die Worte Lenins „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung".[6])

Ideologie: sozialistischer Internationalismus

Diesem Typ der sozialistischen Wirtschaft in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft entspricht eine bestimmte Ideologie. Diese Ideologie ist der **proletarische Internationalismus in seiner konkreten Form als sozialistischer Internationalismus.** Der sozialistische Internationalismus enthält alle Prinzipien des proletarischen Internationalismus und umschließt darüber hinaus die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, also die Beziehungen der herrschenden Arbeiterklasse. In jüngster Zeit hat der sozialistische Internationalismus in seiner engen Verbindung mit der sozialistischen Wirtschaft in Gestalt des „Komplexprogrammes für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedländer des RGW"[7]) einen besonders sichtbaren Ausdruck gefunden.

Der VI. Parteitag der SED im Jahre 1963 konnte den **Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse** feststellen. Die Rückschau macht ersichtlich eine Politik für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Zurückblickend auf die Vergangenheit verdeutlichen sich die Grundaufgaben der Zukunft: Befähigung der Menschen zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes, zur Gestaltung der sich ständig entwickelnden gesellschaftlichen Beziehungen in den Betrieben und Territorien, zur Festigung der sozialistischen Staatsordnung und zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften. Auf dem VIII. Parteitag der SED führte E. Honecker aus: „Mit allen Menschen wollen wir für alle Menschen dieses Landes die sozialistische Gesellschaft immer vollkommener gestalten. Oberster Grundsatz unseres Denkens und Tuns bleibt: Nichts wird bei uns um seiner selbst willen gemacht! Nichts geht ohne die Kraft des Volkes! Alles dient dem Wohle des arbeitenden Menschen."[8])

---

1) Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, in MEW, Bd. 25, Berlin 1964, S. 893

2) Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 217

3) Vgl. S. I. Sdobnow, Das Eigentum und der Kommunismus, Moskau 1958, Verlag Mysl, S. 7 ff; S. I. Sdobnow, Gesellschaftliches Eigentum als wichtigste Kategorie des Sozialismus, Fragen der Wirtschaft 3/1959, S. 3 ff russ.

4) N. A. Zagolow, Aktuelle Fragen der Politökonomie, Moskau 1964, S. 5, Verlag der Moskauer Staatlichen Universität; I. I. Kusminow, Die ökonomische Theorie und ihre Bedeutung für die Praxis, in: Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus; Verlag der Parteihochschule und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, Moskau 1963, S. 339

5) W. Stoph, Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, Berlin 1971, S. 22

6) W. I. Lenin, Die große Initiative, in AW Bd. II, Moskau 1947, S. 378

7) Vgl. ND v. 7. 8. 1971, S. 3–11

8) E. Honecker, Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 183